

Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 27. April bis 29. April

(Stand: 29.04., 15:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

GTAI:

Bundesregierung unterstützt vom Ukrainekrieg betroffene Firmen

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekrieges und der Sanktionen abzufedern, spannt die Regierung einen Schutzschirm für betroffene deutsche Unternehmen auf.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium der Finanzen haben Details zum am 8. April 2022 vorgestellten Hilfsprogramm für deutsche Unternehmen, die unter den Folgen des Ukrainekrieges und den Sanktionen gegen Russland leiden, veröffentlicht. Die wichtigsten Ziele bestehen darin, Firmen kurzfristig Liquidität zur Verfügung zu stellen und den Preisanstieg bei Erdgas und Strom in energie- und handelsintensiven Branchen zu dämpfen. Der Schutzschirm wird zum 1. Juni 2022 starten und zunächst auf ein Jahr befristet sein. Er besteht aus fünf Bestandteilen:

- Kreditprogramm der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW),
- Erweiterungen bei Bund-Länder-Bürgschaftsprogrammen,
- Befristeter Zuschuss für Unternehmen, die unter hohen Energiekosten leiden,
- Zielgerichtete Eigenkapital- und hybriden Kapitalhilfen,
- Unterstützung von Energieunternehmen bei Liquiditätsengpässen

Hier der vollständige Beitrag mit allen Erläuterungen im Detail:

[Bundesregierung unterstützt vom Ukrainekrieg betroffene Firmen | Wirtschaftsumfeld | Deutschland | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#)

Den Link zu den ausführlichen Erläuterungen des BMF zum Maßnahmenpaket für Unternehmen finden Sie hier:

[Bundesfinanzministerium - Maßnahmenpaket der Bundesregierung für vom Krieg betroffene Unternehmen](#)

Information des BMF:

Übersicht über Entlastungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen

Der Bundesfinanzminister hat seit seinem Amtsantritt eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger von Krisenfolgen entlastet werden. Zuletzt hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die ohnehin angespannte Lage an den Energiemärkten noch verschärft. In der Folge sind die Preise stark gestiegen. Lieferketten sind unterbrochen. Auch die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieses Krieges sind weiter ungewiss. In dieser Situation lassen wir die Menschen und Betriebe in unserem Land nicht allein. Wichtig ist uns, dass die Unterstützungsmaßnahmen zielgerichtet, befristet und der jeweiligen Situation angepasst sind. Klar ist aber auch, dass wir die negativen wirtschaftlichen Folgen des Krieges weder vollumfänglich noch dauerhaft werden ausgleichen können.

I. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz

Mit dem 4. Corona-Steuerhilfegesetz unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen weiterhin bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie. Das Gesetz beinhaltet für Unternehmen folgende Erleichterungen:

- Die Möglichkeit zur Inanspruchnahme der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter wird verlängert.
- Die erweiterte Verlustverrechnung wird bis Ende 2023 verlängert: Für 2022 und 2023 wird der Höchstbetrag auf 10 Mio. Euro bzw. auf 20 Mio. Euro bei Zusammenveranlagung angehoben. Der Verlustrücktrag wird ab 2022 auf zwei Jahre ausgeweitet und erfolgt in die vorangegangenen beiden Jahre.
- Investitionsfristen für steuerliche Investitionsabzugsbeträge nach § 7g EStG werden um ein weiteres Jahr verlängert.
- Die steuerlichen Investitionsfristen für Reinvestitionen nach § 6b EStG werden um ein weiteres Jahr verlängert.
- Sonderleistungen zur Anerkennung besonderer Leistungen während der Corona-Krise werden bis zu 3 000 Euro steuerfrei gestellt.
- Die steuerliche Förderung der steuerfreien Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld wird bis Ende März 2022 verlängert.
- Die Frist zur Abgabe von Steuererklärungen 2020 in beratenen Fällen wird um weitere drei Monate verlängert. Hieran anknüpfend werden auch die Erklärungsfristen für 2021 und 2022 verlängert.

Zeitplan:

Das Gesetz soll im Mai im Bundestag und im Juni im Bundesrat abschließend beraten werden.

Entlastungswirkung:

Mit den Maßnahmen schaffen wir eine Gesamtentlastung in den Jahren 2022-2026 von insgesamt 10,72 Milliarden Euro.

II. Erstes Entlastungspaket / Steuerentlastungsgesetz

Die Koalition hat sich im Koalitionsausschuss vom 23. Februar 2022 auf ein umfassendes Paket zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geeinigt. Die darin enthaltenden steuerlichen Maßnahmen werden im Steuerentlastungsgesetz 2022 umgesetzt:

- Anhebung Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.200 EUR,
- Anhebung des Grundfreibetrags auf 10.347 EUR,
- Vorziehung der bis 2026 befristeten Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 ct jeweils rückwirkend zum 1. Januar 2022.

Zeitplan:

Steuerentlastungsgesetz: parl. Verfahren läuft, Abschluss im BR ist geplant am 20. Mai 2022.

Entlastungswirkung:

Das Steuerentlastungsgesetz allein bringt eine Entlastungswirkung von insgesamt 4,46 Mrd. EUR; davon entfallen Mindereinnahmen i.H.v. 1,92 Mrd. EUR auf den Bund, 1,88 Mrd. EUR auf die Länder und 0,67 Mrd. EUR auf die Gemeinden. Gesamtvolumen des Entlastungspakets, das der Koalitionsausschuss am 23.2. beschlossen hat, ist höher, da noch andere Maßnahmen darunterfallen, wie der Corona-Zuschuss von 100 Euro für Beziehende von existenzsichernden Leistungen, der Sofortzuschlag für von Armut bedrohte Kinder von 20 Euro pro Monat ab 1. Juli 2022, der Heizkostenzuschuss für Empfänger von Wohngeld, Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende mit unterstützenden Leistungen sowie die vollständige Abschaffung der EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2022 statt 1.1.2023. Letztere bringt eine Entlastungswirkung von 6,6 Mrd. Euro.

III. Zweites Entlastungspaket

Zur weiteren Entlastung von Menschen und Betrieben hat der Koalitionsausschuss am 23. März 2022 weitere Maßnahmen beschlossen. Dazu zählen insbesondere:

- Energiepreispauschale: Allen einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen (Steuerklassen 1-5) wird einmalig eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro als Zuschuss zum Gehalt ausgezahlt.
- Familienzuschuss: Zur Abfederung besonderer Härten für Familien werden wir schnellstmöglich für jedes Kind ergänzend zum Kindergeld einen Einmalbonus in Höhe von
- 100 Euro über die Familienkassen auszahlen.

- Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe: Wir senken befristet für drei Monate die Energiesteuer auf Kraftstoffe auf das europäische Mindestmaß ab.

Zeitplan:

Formulierungshilfen für die Koalitionsfraktionen sind am 27. April im Kabinett beschlossen worden.

Entlastungswirkung:

- Energiepreispauschale: rund 10,4 Mrd. Euro Mindereinnahmen
- Familienzuschuss: rund 8,41 Mrd. Euro Mehrausgaben
- Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe: rund 3,15 Mrd. Euro Mindereinnahmen

IV. Maßnahmenpaket der Bundesregierung für vom Krieg betroffene Unternehmen

BM Lindner und BM Habeck haben am 8. April 2022 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dem Unternehmen unterstützt werden sollen, die von den Sanktionen oder dem Kriegsgeschehen betroffen sind. Ziel ist es, Unsicherheit in den Märkten zu reduzieren und Härten zielgerichtet abzufedern, um gesamtwirtschaftliche Verwerfungen zu vermeiden.

- KfW-Sonderprogramm: In der aktuellen Situation geht es für Unternehmen vor allem darum, kurzfristig Liquidität sicherzustellen. Unternehmen aller Größenklassen sollen branchenübergreifend Zugang zu zinsgünstigen, weitgehend haftungsfreigestellten Krediten erhalten. Hierzu wird es ein KfW-Kreditprogramm geben. Das Programm wird ein Volumen von ca. bis zu 7 Mrd. Euro umfassen.
- Bürgschaften: Zudem sollen einzelne, bereits während der Corona-Pandemie eingeführte Erweiterungen bei den Bund-Länder-Bürgschaftsprogrammen für von dem Ukraine-Krieg nachweislich betroffene Unternehmen fortgesetzt werden. Dies betrifft die Bürgschaftsbanken und das Großbürgschaftsprogramm.
- Temporäre Kostendämpfung des Erdgas- und Strompreisanstiegs: Für einige besonders betroffene Unternehmen ist ein zeitlich befristeter und eng umgrenzter Kostenzuschuss geplant, um extreme Preisanstiege bei Strom und Erdgas in energieintensiven Bereichen teilweise abzdämpfen.
- Eigenkapitalhilfen: Als Option zur Stabilisierung von besonders relevanten Unternehmen prüft die Bundesregierung außerdem den gezielten Einsatz von Eigen- und Hybridkapitalhilfen. Soweit Einzelfälle betroffen sind, lässt sich dies zunächst technisch über Zuweisungsgeschäfte der KfW abbilden.
- Finanzierungsinstrument Margining: Bei plötzlichen, dramatischen Preissprüngen müssen Unternehmen, die an den Energiebörsen mit Strom und Erdgas auf Termin handeln, ggf. kurzfristig sehr hohe zusätzliche Sicherheiten (sog. Margins) hinterlegen. Für eine Unterstützung dieser Unternehmen beim Margining erarbeitet die BuReg standardisierte Kriterien, um den Unternehmen kurzfristig mit einer Bundesgarantie unterlegte Kreditlinien der KfW zu gewähren.

Zeitplan:

Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung dieser Maßnahmen. Die

genaue Ausgestaltung erfolgt jetzt zügig und in enger Abstimmung innerhalb der BuReg und – wo notwendig – mit der Europäischen Kommission.

Entlastungswirkung:

Die Hilfen sollen Härten für Unternehmen zielgerichtet abfedern. Die Entlastungswirkung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffern.

dpa:

Bundesregierung soll im Krisenfall Unternehmen enteignen können

Die Bundesregierung soll in einem Energie-Krisenfall in den Markt eingreifen und Unternehmen zur Not auch enteignen können. Das sieht eine Novelle des Energiesicherungsgesetzes vor, das am Freitag im Bundestag erstmals beraten wurde. Der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Oliver Krischer (Grüne), sagte, das Gesetz solle so bald wie möglich in Kraft treten. Es könnte die Grundlage bilden dafür, dass die Raffinerie in Schwedt (Brandenburg) unter staatliche Aufsicht kommt - die Raffinerie ist fast vollständig vom russischen Staatskonzern Rosneft übernommen worden.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte gesagt, es sei gelungen, die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl von 35 Prozent vor Beginn des Ukraine-Krieges innerhalb von acht Wochen auf 12 Prozent zu senken. Bei diesen handle es sich um Ölimporte der Raffinerie in Schwedt. Wenn man dieses Öl nicht mehr haben wolle, brauche man für Schwedt eine Alternative. Habeck hatte ein mögliches westliches Ölembargo gegen Russland als «handhabbar» bezeichnet.

Krischer sagte, als «Ultima Ratio» müsse unter klar benannten und sehr engen Bedingungen auch eine Enteignung von Firmen möglich sein. Es könne nicht sein, dass jemand, der eine kritische Infrastruktur für die Energieversorgung besitze, die Versorgung gefährde.

Der FDP-Energiepolitiker Michael Kruse sagte: «Jeder, der kritische Infrastruktur in Deutschland gegen die deutschen und europäischen Interessen missbraucht, der kann nicht weiter Eigentümer dieser kritischen Infrastruktur sein.» Der SPD-Abgeordnete Bengt Bergt sagte: «Als absolute Ultima Ratio müssen wir auch zur Brechstange der Enteignung greifen können» - und zwar dann, wenn die Sicherung der Energieversorgung nicht anders gewährleistet werden könne.

Die Novelle des Energiesicherungsgesetzes sieht neben Enteignungen auch vor, dass Unternehmen, die kritische Energie-Infrastrukturen betreiben, bei Bedarf unter eine staatliche Treuhandverwaltung gestellt werden können.

Spiegel-Online:

[Gazprombank: Russland weist Gaszahlungen aus Deutschland und Österreich zurück - DER SPIEGEL](#)

Der Streit über Gaslieferungen aus Russland eskaliert weiter: Russland nimmt einen kleinen Geldbetrag für Lieferungen nach Deutschland nicht an. Es geht um eine Tochter der treuhänderisch verwalteten Gazprom Germania.

Die russische Gazprombank hat Zahlungen für Erdgaslieferungen nach Deutschland und Österreich zurückgewiesen. Es handelt sich um Zahlungen der »Gazprom Marketing & Trading« (GM&T), die Gaslieferungen aus dem April und dem Mai betreffen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bestätigte die zurückgewiesenen Zahlungen. Es bestünden »Unklarheiten bei der Abwicklung der Zahlungen«, heißt es in einer Pressemitteilung. Diese beträfen »marginale Gasmengen von etwa 0,2 Prozent der russischen Importmengen nach Europa«. Man könne diese Menge über Ankäufe am Markt ersetzen. Die Versorgungssicherheit in Deutschland sei gewährleistet, die Zahlungen sollen »vertragsgemäß in Euro« erfolgen.

Die GM&T ist eine britische Tochter der Gazprom Germania. Anfang April hatte die Bundesregierung per Anordnung die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die Gazprom-Tochter eingesetzt, während der russische Staatskonzern versuchte, Firmenanteile umzuschichten. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte daraufhin Vergeltungsmaßnahmen angekündigt.

Die zurückgewiesenen Zahlungen sind ein weiterer Eskalationsschritt in dem schwelenden Konflikt zwischen der Europäischen Union und Russland um russische Erdgaslieferungen. Sie folgen nur kurz nach der Ankündigung Russlands, kein weiteres Gas nach Polen und Bulgarien mehr zu liefern. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete den Lieferstopp auf Twitter als »weiteren Versuch Russlands, uns mit Gas zu erpressen«. Die EU sei jedoch auf dieses Szenario vorbereitet und plane eine »koordinierte Reaktion«.

Zumindest die deutschen Erdgasspeicher sind laut der Bundesnetzagentur derzeit dabei, sich wieder zu füllen. Derzeit liege der Füllstand bei 33,4 Prozent, ein vergleichbarer Wert mit dem Jahr 2017 und deutlich höher als im Frühjahr 2015, 2018 sowie 2021, heißt es im Lagebericht zur Gasversorgung.

Währungsstreit

[EU-Kommission pocht auf Gaszahlungen an Russland in Euro statt Rubel - DER SPIEGEL](#)

Brüssel hat die Regeln für die Zahlung russischer Gaslieferungen konkretisiert. Europäische Firmen sollen Geld auf ein Eurokonto überweisen. »Was die Russen danach machen, ist ihnen überlassen«, sagte ein Beamter.

Im vergangenen Monat hat der russische Präsident neue Regeln für die Zahlung von Gaslieferungen angekündigt, um deren Umsetzung es aber Streit mit den Europäern gibt. Nun hat die Europäische Kommission ihre Regelungen bezüglich der von Russland geforderten Rubel-Zahlung konkretisiert – und dabei rote Linie aufgezeigt.

Gasversorger, die wie von Moskau gefordert in Russland ein Bankkonto eröffneten und Lieferungen weiterhin in Euro zahlten, verletzten nicht die EU-Sanktionen gegen Russland, erklärten Beamte der EU-Kommission. »Was die Russen danach mit dem Geld machen, ist ihnen überlassen«, sagte ein Beamter.

Allerdings sieht die EU-Kommission es nicht als akzeptabel an, dass der Kauf vonseiten Russlands erst als vollständig angesehen werde, wenn das Geld in Rubel umgerechnet wurde. »Eine Verletzung der Sanktionen wäre es, wenn ein Unternehmen es akzeptiert, ein zweites Konto zu eröffnen, um den Forderungen nachzukommen«, sagte ein EU-Beamter. Während des Geldumtauschs in Rubel auf das zweite Konto sei das Geld in der Hand der russischen Zentralbank, die von der EU sanktioniert wird.

Ende März hatte Kremlchef Wladimir Putin gefordert, dass mit Wirkung zum 1. April westliche Staaten Konten bei der Gazprombank in Russland eröffnen müssen, um russisches Gas zu bezahlen. Andernfalls würden die Lieferungen für die »unfreundlichen« Länder eingestellt.

Nach einem von Putin unterzeichneten Dekret können die Zahlungen weiter in Euro oder Dollar auf das russische Konto eingezahlt werden. Die Gazprombank konvertiert das Geld in Rubel und überweist den Betrag in der russischen Währung an Gazprom. Bei einem Ausbleiben der Zahlungen würden die Lieferungen eingestellt, hatte Putin gedroht.

Russland hatte am Mittwoch Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien eingestellt, nachdem die beiden Länder sich nicht auf das neue Zahlungssystem eingelassen hatten. Nach Informationen der EU-Kommission hatten beide Länder ihre fälligen Rechnungen wie vor dem Krieg abwickeln wollen. Dem Beamten zufolge wurden die meisten Käufe bislang über Konten bei der Gazprombank in Luxemburg abgewickelt. Demnach sind etwa 97 Prozent der Gas-Verträge in der EU in Dollar oder Euro denominiert.

Zusammenfassung: Online-Briefing des AK Mittelosteuropa zu den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf Polen, 27. April

Russlands Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf und in Polen waren Thema eines Hintergrundgesprächs zu dem Philipp Haußmann, der Sprecher des Arbeitskreises Mittelosteuropa im Ost-Ausschuss und Vorstandssprecher der Ernst Klett AG, am 27. April insgesamt 45 Teilnehmer begrüßen konnte. Martin Kremer, der Gesandte an der deutschen Botschaft in Warschau, gab einen Überblick über die aktuellen politischen Herausforderungen in unserem Nachbarland und die bilateralen Beziehungen, die vor dem Hintergrund des Krieges in eine neue Phase träten. Die Erwartungen an den wichtigen westlichen Nachbarn seien in Warschau groß. Die guten Wirtschaftsbeziehungen könnten dabei als Fundament

der bilateralen Beziehungen genutzt werden. In Polen gebe es aktuell Bestrebungen, den die Auseinandersetzung um die Justizreform mit der EU zu lösen. Neue Ansätze zur Zusammenarbeit gibt es durch das gemeinsame Ziel, unabhängig von russischen Energieimporten zu werden. Im Rahmen des Besuchs von Bundeswirtschaftsminister Habeck wurde etwa über eine Belieferung der Raffinerien in Leuna und Schwedt über den Hafen Danzig gesprochen. Hier werden gemeinsame Lösungen in Kooperation mit der Wirtschaft vorbereitet.

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
 - Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

 - VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:
https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

FAQ der Bundesbank zu Sanktionen

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite: [Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

2. Terminübersicht

4. Mai: Außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Fachkräftesicherung zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Arbeitsmärkte in Deutschland und Osteuropa, 10:00 – 11:00 Uhr, Online

Folgende Themen stehen auf der Sitzungsagenda:

- **Unterstützung für Fachkräfte in/aus der Ukraine – OA-Aktivitäten und Unternehmensinitiativen**
- **Rahmenbedingungen für Fachkräfte aus Russland in Deutschland/Osteuropa**

Die Einladung richtet sich an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Sollten Sie als Nicht-Mitglied Interesse an einer Mitwirkung haben, melden Sie sich gerne bei Petya Hristova, p.hristova@oa-ev.de

5. Mai: Sitzung des Länderarbeitskreises Russland des Ost-Ausschusses, 11:30-13 Uhr, online

Der Länderarbeitskreis Russland des Ost-Ausschusses thematisiert erneut die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach Russlands Angriff auf die Ukraine. Die Sitzung findet online unter Leitung des Arbeitskreissprechers Mario Mehren (WintershallDea) statt.

Das Angebot richtet sich an Mitgliedsunternehmen. Sollten Sie als Nicht-Mitglied Interesse an einer Teilnahme haben, wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart, T: 030 206167 123, E-Mail: C.Schuchart@oa-ev.de

6. Mai: Briefing mit dem ukrainischen Energieministerium (MinEnerg) 11:00 - 12:00 Uhr

Ziel des Austausches ist ein Dialog über die aktuellen Maßnahmen des ukrainischen Energieministeriums im Bereich Nothilfe und Beschaffung angesichts der Kriegssituation sowie über Ideen für einen Wiederaufbau und weitere Kooperationsmöglichkeiten. Als Diskussionspartnerin steht uns Dr. Yulia Rybak zur Verfügung, die sich aktuell als Repräsentantin des MinEnerg in Berlin aufhält und von ukrainischer Seite das Sekretariat der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft leitet.

Für eine begrenzte Anzahl von Interessenten haben wir die Möglichkeit einer Teilnahme vor Ort in Berlin in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses, Gertraudenstr. 20, 10178 Berlin. Grundsätzlich wird das Format aber auch digital angeboten. Bitte vermerken Sie die Art der Teilnahme bei der Anmeldung. Bitte melden Sie sich bis zum 4. Mai 2022 an.

Bitte beachten Sie, dass das Format auf Englisch ohne Dolmetschung durchgeführt wird. Nicht-Mitglieder des Ost-Ausschusses können sich bei Interesse an einer Teilnahme bei Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de, melden.

20. - 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidshan zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidshanische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidshanischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidshan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ \(ahk.de\)](https://www.ahk.de).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Turkan Maharramova (E-Mail: turkan.maharramova@ahk-baku.de; Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 27. April)

EU will Handel mit der Ukraine erleichtern

Am 27. April legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung „zur vorübergehenden Liberalisierung des Handels in Ergänzung der Handelszugeständnisse für ukrainische Erzeugnisse im Rahmen des Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits“ vor.

In der Praxis werden mit der Verordnung handelsliberalisierende Maßnahmen in Form der drei folgenden Maßnahmen eingeführt, die für einen Zeitraum von einem Jahr gelten sollen:

- Vorübergehende Aussetzung aller ausstehenden Zölle gemäß Titel IV des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine zur Errichtung einer vertieften und umfassenden Freihandelszone (DCFTA).

Dies betrifft drei Kategorien von Waren:

- Industrieerzeugnisse, die bis Ende 2022 vom Zoll befreit werden;
- Obst und Gemüse, das dem Einfuhrpreissystem unterliegt;
- landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, für die Zollkontingente gelten.
- Vorübergehende Nichterhebung von Antidumpingzöllen auf Einfuhren mit Ursprung in der Ukraine ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung; und
- Vorübergehende Aussetzung der Anwendung der gemeinsamen Einfuhrregelung (Schutzmaßnahmen)² gegenüber den Einfuhren mit Ursprung in der Ukraine.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission kann hier eingesehen werden.

[EUR-Lex - 52022PC0195 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Neue FAQ zu EU-Sanktionen

Die Europäische Kommission hat ihre Antworten auf Fragen im Zusammenhang mit den restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland aktualisiert. Die Aktualisierungen betreffen:

- 26 April: [Central securities depositories](#), [maritime safety](#) and [intellectual property rights](#)
- 25 April: [Customs related matters](#) and [deposits](#)
- 22 April: [Energy sector](#)
- 21 April: [Gas imports](#) and [banknotes](#)

- 20 April: [Deposits, \(re\)financing, Russian Central Bank, energy sector](#) and [humanitarian aid](#)
- 19 April: [Sale of securities](#)
- 18 April: [General questions](#)
- 14 April: [Road transport](#) and [investment funds](#)

Alle aktualisierten Leitlinien zur Umsetzung der EU-Sanktionen sind hier zu finden: [Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

Unian

Deutschland ist bereit, Sanktionen gegen die Sberbank und Russlands Ölsektor zu unterstützen

Deutschland ist bereit, den Vorstoß der Europäischen Union für Sanktionen gegen die russische Sberbank zu unterstützen, um das Besatzungsland für seine umfassende Invasion in der Ukraine zu bestrafen. Bislang waren die Deutschen einer der Hauptgegner der Beschränkungen. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf sachkundige Quellen.

Die Beschränkungen werden Teil eines sechsten Sanktionspakets sein, das noch in dieser Woche eingeführt werden soll. Es wird auch ein schrittweises Embargo gegen russisches Öl beinhalten. Dies ist eine Reaktion auf die Unterbrechung der Gaslieferungen an Polen und Bulgarien durch Russland.

Deutschland hat sich in der Vergangenheit den Bemühungen der EU widersetzt, Sanktionen gegen Russlands größte Bank, die Sberbank, und den russischen Energiesektor zu verhängen. Auf die Bank entfällt mehr als die Hälfte der Privatkundeneinlagen in Russland.

Laut Dokumenten, die Bloomberg-Reportern vorliegen, war Berlin besorgt, dass mögliche Sanktionen gegen die Sberbank energiebezogene Finanztransaktionen stören würden. Deutschland hat jedoch in den letzten Wochen die Versorgung mit alternativen Energien verstärkt und bereitet sich nun darauf vor, ein schrittweises Verbot von russischem Öl zu unterstützen.

Übrigens haben die USA bereits umfassende Sanktionen gegen die Sberbank verhängt. Das Vereinigte Königreich hat der Bank verboten, Zahlungen in Pfund Sterling über sein Finanzsystem abzuwickeln. Auch gegen den Vorstandsvorsitzenden der Bank, Herman Gref, wurden persönliche Sanktionen verhängt.

EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnervermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](https://www.b2match.io/)

EU-Leitfaden zu Sanktionen

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/european-commission/sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](https://europa.eu/european-commission/faq-export-related-restrictions-to-russia-for-dual-use-items-and-advanced-technology)

4. Russland-Gegensanktionen

Gesetzesentwurf über den Status des ausländischen Agenten

Am 25. April 2022 wurde der Staatsduma ein Gesetzesentwurf zur Regelung des Status eines ausländischen Agenten vorgelegt. Folgende Zusammenfassung der Inhalte hat dazu die Association of European Businesses in Moskau vorgelegt:

Der Gesetzesentwurf enthält und definiert Begriffe wie "ausländischer Agent" und "ausländischer Einfluss".

Als ausländischer Agent soll nach dem Vorschlag der Verfasser eine Person gelten, "die Unterstützung erhalten hat und (oder) in anderer Form unter ausländischem Einfluss steht" und Tätigkeiten ausübt, deren Arten im Gesetzesentwurf wie folgt beschrieben werden: politische Aktivitäten; die gezielte Sammlung von Informationen im Bereich der militärischen und militärtechnischen Aktivitäten Russlands; die Verbreitung von Nachrichten und Materialien, die für einen unbegrenzten Personenkreis bestimmt sind, sowie die Beteiligung an der Erstellung solcher Nachrichten und Materialien.

Ausländische Einflussnahme bedeutet die Unterstützung einer Person durch eine ausländische Quelle (z.B. einen ausländischen Staat, seine Behörden, internationale Organisationen), die Beeinflussung dieser Person, "auch durch Zwang, Überredung" sowie durch andere Mittel.

Ausländische Unterstützung bezieht sich auf die Entgegennahme ausländischer Finanzmittel, organisatorische, methodische, wissenschaftliche und technische Unterstützung sowie Unterstützung in anderer Form.

Russischer Gesetzesentwurf:

[№113045-8 Законопроект :: Система обеспечения законодательной деятельности \(duma.gov.ru\)](http://duma.gov.ru)

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.ru\)](http://aeb.ru)

Sanktionen gegen 287 Briten

Das russische Außenministerium hat am Donnerstag die Verhängung von Sanktionen gegen 287 derzeitige und ehemalige britische Abgeordnete angekündigt. Damit reagiert es auf die Benennung von 386 Mitgliedern der russischen Staatsduma durch Großbritannien im März. Den aufgeführten Personen, darunter Sir Lindsay Hoyle, der Sprecher des Unterhauses, und Jacob Rees-Mogg, wird die Einreise nach Russland untersagt. Am 16. April verhängte Russland bereits Sanktionen gegen wichtige Mitglieder der britischen Regierung und prominente Politiker, darunter Premierminister Boris Johnson und Außenministerin Liz Truss.

[Заявление МИД России об ответных персональных санкциях в отношении депутатов Палаты общин Парламента Великобритании - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

Ausweisung japanischer und norwegischer Diplomaten

Acht japanische Diplomaten sind aufgefordert worden, Russland bis zum 10. Mai als Vergeltungsmaßnahme zu verlassen, erklärte das russische Außenministerium am Mittwoch. Außerdem hat Russland drei norwegische Diplomaten zu personae non gratae erklärt, als Vergeltung für einen identischen Schritt, den Norwegen zuvor unternommen hatte.

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Polen bekommt doch weiter russisches Gas - über Deutschland

Trotz der Einstellung der direkten Lieferungen aus Russland bezieht Polen russisches Erdgas offenbar weiter. Das Gas fließe nun im sogenannten Reverse-Flow-Modus aus Deutschland nach Polen, teilte der russische Energiekonzern Gazprom nach Angaben von Kommersant mit.

[RBC](#)

Kudrin sagte eine "sehr schwierige Situation" für Russland in den nächsten 2 Jahren voraus (Arbeitsübersetzung)

Nach dem Basisszenario wird der Rückgang der russischen Wirtschaft im Jahr 2022 8,8 % betragen, während das konservative Szenario 12,4 % vorsieht, sagte der Leiter der Rechnungskammer. Die zusätzlichen Ausgaben zur Unterstützung der Wirtschaft werden mehr als 4 Billionen RUB betragen.

Russland wird sich in den nächsten anderthalb bis zwei Jahren in einer "sehr schwierigen Situation" befinden, sagte der Leiter der Rechnungskammer Alexej Kudrin bei einer Sitzung

des Gesetzgebungsrates in St. Petersburg. Die Website des Föderationsrates überträgt die Veranstaltung im Internet.

"Fast anderthalb bis zwei Jahre lang werden wir in einer sehr schwierigen Situation leben", sagte er.

Kudrin erklärte, dass die russische Wirtschaft eine schwierige Phase durchläuft, ihr Rückgang bis Ende 2022 wird nach vorläufigen Prognosen 8,8% betragen, und unter einem konservativeren Szenario - 12,4%. Die derzeitige Krise werde größer sein als die Krise von 2009 oder die Pandemiekrise, fügte er hinzu.

Laut Kudrin ergreift die Regierung Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, und die vorläufige Schätzung der zusätzlichen Ausgaben beläuft sich auf mehr als 4 Billionen Rubel.

Die Analysten von S&P Global Market Intelligence prognostizieren, dass Russland ein Jahrzehnt brauchen wird, um nach den westlichen Sanktionen wieder das Niveau von 2021 zu erreichen. Sie schätzen, dass das russische BIP in diesem Jahr um 11,1 % schrumpfen und sich bis 2023 auf 1,9 % abschwächen wird. Gleichzeitig glauben die Analysten, dass Russland im Jahr 2024 zu einem Wachstum von 1,6 % übergehen kann.

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird der Anteil des russischen BIP am weltweiten BIP bis Ende 2022 auf 2,72 % sinken, verglichen mit 3,07 % im Jahr 2021. Russland wird auf der Liste der größten Volkswirtschaften der Welt vom sechsten auf den siebten Platz vorrücken und von Indonesien abgelöst werden.

FAZ:

Russischer Druck auf Kasachstan steigt - „Die Bruderländer müssen sich für eine Seite entscheiden“

Kasachstan gehört eigentlich zu den Unterstützern Moskaus. Beim Krieg gegen die Ukraine ist das Land aber zurückhaltend. Im russischen Fernsehen geht ein Propagandist dieses „klugscheißerische“ Verhalten hart an.

Wie sehr der Krieg gegen die Ukraine auch Russlands Verbündete nervös macht, zeigt ein jüngstes Beispiel aus Kasachstan. Moskaus Partner in der Eurasischen Wirtschaftsunion und im Verteidigungsbündnis ODKB droht einem russischen Propagandisten mit einem Einreiseverbot. Parlamentarier schimpfen offen über den „Provokateur“. Dieser, Tigran Keossajan, ist in Moskau bestens vernetzt. Er ist der Gatte der RT-Chefin Margarita Simonjan. Gemeinsam gehört das Paar zu den Großverdienern in Präsident Wladimir Putins Medienbetrieb, wie viele Recherchen des Antikorruptionsjägers Alexej Nawalnyj gezeigt haben.

Keossajan tritt als Humorist auf, wobei seine derben Ausfälle zuverlässig auf Putins Gegner zielen. Zu denen kann man Kasachstan eigentlich nicht zählen. Erst im Januar hatte Putin

„Friedenstruppen“ der ODKB ins Land geschickt, als es galt, einen Aufstand niederzuschlagen.

Kasachstan will die „Volksrepubliken“ nicht anerkennen

Kasachstan hat Putins Angriffskrieg nicht verurteilt, sich bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen vielmehr enthalten, allerdings auch angekündigt, Russland nicht dabei helfen zu wollen, die westlichen Sanktionen zu umgehen. Zudem will Kasachstan nicht Putins Beispiel folgen und die prorussischen „Volksrepubliken“ im Donbass als „Staaten“ anerkennen.

Das hatte schon Simonjan kritisiert und geäußert, „undankbare Leute können leicht zu Verrätern werden“. Ähnlich äußerte sich nun ihr Mann. Keossajan beklagte in einem am vergangenen Wochenende veröffentlichten Youtube-Clip, dass die russische Minderheit in Kasachstan aufgrund der Anforderungen kasachischer Sprachkenntnisse benachteiligt werde, dass Leute mit „Z“-Symbol (das für den russischen Feldzug in der Ukraine und für die Unterstützung Putins steht) im Land festgenommen werden und dass dort die Militärparade zum am 9. Mai gefeierten „Tag des Sieges“ von 1945 abgesagt wurde.

Das wurde offiziell damit begründet, das Geld für andere, wichtigere Aufgaben aufzuwenden. Statt der Parade sollen im Land Dutzende patriotische Erinnerungsfeiern stattfinden, zudem fand die Militärschau zuletzt 2018 statt.

Keossajan hielt das nicht auf: Die Feier sei ein Erkennungsmerkmal, wer zu wem gehöre, sagte er. „Kasachen, Brüder, was ist das für eine Undankbarkeit? Leute, habt ihr wirklich entschieden, dass Russland irgendwohin verdampft? Auf den Mars emigriert? Oder glaubt ihr, ihr emigriert?“ Er als Bürger Russlands sage: „Schaut aufmerksam auf die Ukraine. Denkt ernsthaft nach.“

„Die Welt hat sich geändert“

Auch müssten Russlands Verantwortliche über die Zusammenarbeit mit Kasachstan nachdenken. Wer sich weiter so „klugscheißerisch“ verhalte und glaube, „da wird schon nichts passieren“, der irre sich, sagte Keossajan. „Die Welt hat sich geändert. Alles hat sich geändert. Der Zug fährt ab. Noch könnt ihr auf den letzten Waggon aufspringen.“

Die „Freundschaftsspiele“ seien vorbei, „jetzt ist es eine Frage des Überlebens. Es herrscht Krieg“, sagte Keossajan – nicht mit Blick auf das in Russland „Spezialoperation“ genannte Geschehen in der Ukraine, sondern auf ein Ringen mit dem Westen: „Der Krieg zweier enormer, großer Ideen, zweier großer Länder. Und das zweite ist nicht die Ukraine, sondern Amerika und die NATO. Alle übrigen, besonders die Bruderländer, müssen sich für eine Seite entscheiden. Und wir müssen aufmerksam schauen, wer mit uns ist und wer nicht.“ Wer sich nicht Russland anschließe, müsse „zu unseren Feinden“ gezählt werden.

In den sozialen Medien äußerten sich viele Kasachen empört über Keossajan. So schrieb die Rechtsanwältin Ajman Umarowa aus Almaty, der größten Stadt des Landes, auf Facebook, in der Ukraine, auf die man doch schauen solle, sei „nichts Gutes“ zu sehen, „vor allem für Russland“. „Warum fahrt ihr denn in Mengen zu uns?!“, schrieb Umarowa mit Blick auf

zahlreiche Russen, die seit Kriegsbeginn vor der neuerlich verstärkten Repression in ihrer Heimat auch nach Kasachstan geflohen sind.

Am Mittwoch äußerte ein Sprecher des Außenministeriums, Keossajan könne auf eine schwarze Liste von Personen gesetzt werden, denen die Einreise ins Land verwehrt sei. Womöglich spiegele die Erklärung „die Ansichten eines Teils der russischen Öffentlichkeit und des politischen Establishments“, sagte der Sprecher. Doch sie „vergiften die Atmosphäre gutnachbarlicher Beziehungen“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russischer-propagandist-tigran-keossajan-erzuernt-kasachstan-17991135.html?premium>

GTAI:

Russland behält Exportquote für Düngemittel bis 31. August bei

Russlands Präsident Wladimir Putin hat nach einem Treffen mit Regierungsmitgliedern zur Landwirtschaft am 5. April 2022 angewiesen, die Quoten für den Export von Düngemitteln in Länder, die nicht Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion sind, bis zum 31. August 2022 aufrechtzuerhalten. Das heißt: Bis zum 31. August gibt es Beschränkungen für den Export von Düngemitteln aus Russland. Diese Maßnahme wirkt gegen alle Länder außerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion, also auch Deutschland.

Bei Bedarf kann das Kontingent quartalsweise verlängert werden: „die Verlängerung dieses Verfahrens vorzusehen, wenn erforderlich (vierteljährlich)“, heißt es in dem Dokument des Kreml. Damit kann die Beschränkung tatsächlich auf unbestimmte Zeit gelten.

Zuvor hatte die Regierung am 17. April 2022 die Quoten für den Export von Mineräldüngern aus Russland um insgesamt fast 700.000 Tonnen erhöht, um russische Hersteller angesichts von geringerer Inlandsnachfrage und Sanktionen zu unterstützen.

Weitere Informationen:

[Russland behält Exportquote für Düngemittel bis 31. August bei | Branchenbericht | Russland | Agrarchemikalien \(gtai.de\)](#)

Russische Ölförderung bricht ein

Russland rechnet mit einem Rückgang seiner Ölförderung 2022 aufgrund der Sanktionen um 17% gegenüber 2021 (von 524 auf 434 Mio. t). Das wäre der niedrigste Stand seit 2003. Die Nachrichtenagentur Reuters zitiert in ihrem Bericht aus internen Dokumenten des russischen Wirtschaftsministeriums. Die Ölexporte könnten von 231 Mio. t im vergangenen

Jahr auf 213 Mio. t fallen. Finanzminister Anton Siluanow bestätigte, dass ein Förderminus von 17% möglich sei.

[Exclusive: Russia sees its oil output falling by up to 17% in 2022 -document | Reuters](#)

Russische Airlines setzen internationale Partnerschaften aus

Alle Russischen Fluggesellschaften haben sich mittlerweile aus den globalen Luftfahrtallianzen zurückgezogen. Vergangenen Woche kündigte S7 an, seine Mitgliedschaft in der Allianz Oneworld auszusetzen. Aeroflot ist dem als letzte russische Airline gefolgt und stoppte vorübergehend seine Partnerschaft mit SkyTeam.

[Последняя российская авиакомпания вышла из мировых альянсов — РБК \(rbc.ru\)](#)

Russische Autoproduktion bricht ein

Die westlichen Sanktionen bremsen die russische Automobilproduktion aus: Im März wurden in Russland 40.900 Pkw produziert, 72,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, so Zahlen des Statistikamts Rosstat. Gegenüber Februar ging die Produktion um 62,2% zurück. Einen ähnlichen Einbruch hatte es zuletzt nach staatliche verordneten Ferien wegen Corona um April 2020 gegeben, damals sankt die Produktion um 79,2 Prozent.

[Выпуск легковых автомобилей в РФ в марте рухнул на 72% \(interfax.ru\)](#)

Deutsche Welle

Wie Russen durch Sanktionen und den Weggang westlicher Firmen ihre Arbeitsplätze verlieren

Tausende von Russen verlieren aufgrund der Sanktionen und des Rückzugs westlicher Unternehmen aus dem Land nach Russlands Angriff auf die Ukraine ihren Arbeitsplatz. DW hat die Geschichten junger Russen zusammengetragen, die arbeitslos waren.

Rund 600.000 Russen sind nach Informationen der Kreml-Partei Einiges Russland aktuell im Zwangsurlaub oder müssen mit einer baldigen Entlassung rechnen. Dies teilte der Sekretär des Generalrates der Partei, Andrej Turtschak, mit. Betroffen seien insbesondere Mitarbeiter der ausländischen Unternehmen, die ihren Rückzug aus Russland beschossen hätten. Vor Beginn der aktuellen Krise hätten solche Unternehmen insgesamt zwei Millionen lokale Mitarbeiter beschäftigt, sagte Turtschak

Alexander* ist 22 Jahre alt, Student und lebt in der Region Saratow. Bis Mitte Januar arbeitete er in der Fabrik: drei Schichten am Tag, drei Schichten in der Nacht, drei Tage frei.

Der Arbeitstag dauerte 12 Stunden und das Gehalt betrug rund 35.000 Rubel im Monat. Alexander war mit dieser vorübergehenden Option zufrieden, denn er träumte davon, zu fliegen. Sein Gesundheitszustand machte es ihm jedoch unmöglich, eine Ausbildung zum Piloten zu absolvieren, und so beschloss er, Flugbegleiter zu werden, doch Sanktionen kamen ihm in die Quere.

Fluggesellschaft baut Strecken und Personal ab

Alexander fand im Januar eine Stelle als Flugbegleiter bei einer russischen Fluggesellschaft, auf die er sich sofort bewarb. Er bestand sowohl das Vorstellungsgespräch als auch die Flugprüfung, für die er in ein benachbartes Wolgograd reisen musste, was den jungen Mann insgesamt 30 Tausend Rubel kostete. Zu diesem Zeitpunkt hatte er seinen Job in der Fabrik bereits gekündigt. Die Fluggesellschaft, so sagt er, bot ihm ausgezeichnete Bedingungen: Ausbildung und Praxis in Moskau und anschließend eine Anstellung mit einem Gehalt von etwa 100 Tausend Rubel pro Monat, und das Geld für die Provision wurde ihm zurückerstattet.

Ende Februar unterzeichnete Alexander einen Studienvertrag, begann aber nie mit dem Studium. Am 24. Februar griff Russland die Ukraine an, ausländische Unternehmen zogen sich massenhaft vom russischen Markt zurück, westliche Länder verhängten harte Sanktionen und Russland wurde bald zum Rekordhalter bei der Zahl der gegen das Land verhängten restriktiven Maßnahmen. Sie betrafen nicht nur Hunderte von Einzelpersonen und Unternehmen, sondern auch viele Bereiche, darunter die Luftfahrt. Der Westen hat den Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt und den Verkauf, die Lieferung oder den Transfer von Flugzeugen und Ersatzteilen nach Russland verboten, die Leasingfirmen haben begonnen, ihre Flugzeuge zurückzurufen, die russischen Fluggesellschaften geben die geleasteten Flugzeuge nicht zurück, sie haben ihre Routen gekürzt und fliegen nur noch innerhalb des Landes.

Alexander hatte darunter zu leiden: Bereits am 1. März wurde ihm mitgeteilt, dass das Unternehmen wegen der Sanktionen niemanden einstellen oder ausbilden würde. Das Geld für die Erteilung des Auftrags wurde ihm nicht zurückerstattet. Er sieht keine Möglichkeit und keinen Sinn darin, zu anderen Unternehmen zu gehen: "Die Flugzeuge werden nicht normal gewartet, es werden keine Teile geliefert, es ist also nicht klar, in welchem Zustand sie fliegen werden. Die Risiken sind zu hoch.

NES-Ökonom: Die russische Wirtschaft wird auf das Niveau der 90er Jahre zurückfallen Tatyana Mikhailova, Wirtschaftswissenschaftlerin und Professorin an der New Economic School, ist der gleichen Meinung. Ihr zufolge werden die Sanktionen langfristig den Ausschluss Russlands aus den globalen Produktionsketten, seine Isolation und technologische Rückständigkeit sowie seinen allmählichen Verfall zur Folge haben: "Es ist unmöglich, Technologie und Reparaturmaterial zu importieren. Die Luftfahrtindustrie verkündet, dass es in sechs Monaten keine Ersatzteile für Flugzeuge mehr geben wird. Die gleichen Prozesse werden auch in anderen Sektoren ablaufen". Mikhailova prognostiziert einen Rückfall der russischen Wirtschaft auf das Niveau der 1990er Jahre.

Die Auswirkungen der restriktiven Maßnahmen werden sich auch auf Sektoren auswirken, die ausländische Komponenten in der Produktion verwenden, und das ist nicht nur die Luftfahrt, sagt Tatjana Michailowa: "Zum Beispiel der Automobilsektor, die Pharmaindustrie und sogar die Landwirtschaft, denn auch Saatgut wird im Ausland gekauft. Die Unternehmen werden schließen und Mitarbeiter entlassen müssen. Die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wird sinken, weil die Menschen ärmer werden, was sich auf alle Sektoren auswirkt, bis hin zum Friseur zu Hause.

Vorerst sieht der Wirtschaftswissenschaftler kurzfristige Folgen: Viele Russen verlieren ihren Arbeitsplatz oder finden keinen neuen, weil die Nachfrage nach Fachkräften aller Art sinkt. Moskau, so Mikhailova, ist mit als erstes betroffen, da dort viele Menschen in den Bereichen Finanzen, Unternehmensdienstleistungen, Marketing und Werbung arbeiten. Sergej Sobjanin, Bürgermeister der Stadt, schätzt, dass rund 200.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren könnten, weil ausländische Unternehmen Moskau verlassen.

Moskauer gehören zu den ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren

Aliona* aus Moskau ist dabei, sich dieser Statistik anzuschließen: Sie ist 19 Jahre alt und arbeitete als Beraterin bei Zara in "Okhotny Ryad", ein Job, den sie gut mit ihrem Studium vereinbaren konnte. Anfang März teilte Inditex, das spanische Unternehmen, dem die Marke gehört, den Mitarbeitern mit, dass es seine Filialen in Russland schließt und sie nicht mehr zur Arbeit zu gehen bräuchten, da sie nun eine Pause einlegen müssten. "Ich und meine Kollegen haben damit gerechnet, aber nicht so schnell", sagt Aljona. Solange sie zwei Drittel ihres Gehalts erhält, wird ihr auch das Urlaubsgeld für dieses Jahr ausbezahlt: Insgesamt bleiben dem Mädchen nach dem tatsächlichen Verlust ihres Arbeitsplatzes mehr als 50.000 Rubel.

Ob es weitere Zahlungen geben wird, weiß sie nicht genau. "Aber meine Situation ist bei weitem nicht die schlimmste", sagt Alena. - Ich habe dort nur wegen des Geldes gearbeitet und wollte sowieso bald aufhören: Es ist harte Arbeit, die keine intellektuelle Aktivität erfordert, und ich möchte mich weiterentwickeln und einen Beruf finden, der mir gefällt". Das Mädchen glaubt, es jetzt gefunden zu haben: Nachdem sie ihren Job bei Zara verloren hatte, kaufte sie sich einen Designkurs und absolviert ihn jetzt.

Marina* aus Moskau war ebenfalls auf der Suche nach einem Bereich, in dem sie sich noch entwickeln konnte. Sie ist 30 Jahre alt, arbeitet im digitalen Marketing und hat im Winter eine freie Stelle in einem Unternehmen gefunden, in dem sie schon lange arbeiten wollte. Marina wurde ausgewählt, erhielt ein Teilzeitangebot und bewarb sich, nachdem der russische Krieg gegen die Ukraine bereits begonnen hatte, woraufhin sie sich in einer Warteschleife befand. Doch schließlich kündigte der Geschäftsführer an, dass die neuen Mitarbeiter nicht übernommen würden, da das Unternehmen praktisch den gesamten Bereich, in dem sie arbeiten sollten, schließen würde. Es handelte sich um eine Abteilung, in der sich zwei Bereiche trafen: Marketing und Bildung.

Finanziell hat Marina nichts verloren, sie hat immer noch ihren Hauptjob, aber sie ist immer noch sehr verärgert: "Natürlich würde ich gerne eine ähnliche Stelle finden, aber ich glaube, das ist in naher Zukunft einfach unrealistisch. Viele Unternehmen bauen Stellen ab, und die

Nachfrage nach neuen Mitarbeitern ist allgemein stark zurückgegangen, vor allem im Marketing. Marina sagt, dass es jetzt nicht mehr um Selbstverwirklichung geht, sondern um Einkommensquellen, "so dass jede Möglichkeit einer Teilzeitarbeit nur von Vorteil wäre.

Hunderttausende von Arbeitslosen bis Ende des Jahres

Insgesamt schätzt Forbes, dass in Russland bis Ende des Jahres mehr als 600.000 Menschen arbeitslos sein könnten. Der Verlust seines Arbeitsplatzes, als er ihn zum ersten Mal fand, hatte starke emotionale Auswirkungen auf Alexander: "Wenn ich nicht bestanden hätte, hätte ich ein schlechtes Gewissen gehabt, aber ich hätte es in Ordnung bringen können. Und dann geschah etwas, das ich weder vorhersehen noch ändern konnte. Dies ist sehr verletzend und verletzend. Ich habe im Moment wenig Lust, irgendetwas zu tun." Vorerst hat er beschlossen, sich auf sein Studium zu konzentrieren und später einen Job zu suchen, wobei ihm seine Eltern mit Geld helfen.

Keiner der Protagonisten des Textes unterstützt den Krieg der Russischen Föderation in der Ukraine, alle denken darüber nach, Russland auf die eine oder andere Weise zu verlassen. "Es gab einige abstrakte Gedanken über einen Umzug, und wir begannen, das Thema zu untersuchen. Bisher haben wir nicht vor, Russland zu verlassen, aber wir behalten die Möglichkeit im Auge, dass ein solcher Bedarf entstehen könnte", sagt Marina. Alena möchte zunächst ihren Abschluss in Russland machen und dann nach Deutschland ziehen. Für Alexander war Moskau das Zwischenziel.

"Ich dachte, das sei die Perspektive - denn man zieht nach Moskau, das nicht mehr Russland ist, und dann kann man auch ins Ausland gehen. Aber jetzt ist es um ein Vielfaches schwieriger geworden, das alles zu tun. Die Preise sind einfach für alles gestiegen, die Löhne sind gleich geblieben, und die Menschen sind nicht glücklich darüber, aber sie geben nicht der Politik Russlands die Schuld, sondern denen, die Sanktionen verhängen. Alexander gibt zu, dass er wirklich gehen will, aber es fällt ihm schwer, jetzt darüber zu sprechen.

Neue Online-Fachzeitschrift für Außenwirtschaftsrecht mit Schwerpunkt Russland und Ukraine

Der Verlag C.H.BECK hat das große rechtliche Informationsbedürfnis im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den Russlandsanktionen zum Anlass genommen, mit der UKuR (Ukraine-Krieg und Recht) eine neue Online-Fachzeitschrift unter der geschäftsführenden Herausgeberschaft und Schriftleitung von Anwältinnen und Anwälten von GvW Graf von Westphalen und Noerr zu gründen. Es werden außenwirtschaftsrechtliche Fragestellungen und die rechtlichen Entwicklungen in Russland und der Ukraine behandelt. Die Fachzeitschrift erscheint alle zwei Wochen – mit praxisnahen Kurzaufsätzen, aktuellen Nachrichten sowie der neuesten Rechtsprechung zu den wirtschaftsrechtlichen Implikationen des Angriffskrieges.

Weitere Informationen:

[UKuR - beck-online](#)

5. Sanktionen der USA

BBC:

Biden schlägt 33 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Ukraine im Krieg vor (Arbeitsübersetzung)

Präsident Biden bittet den Kongress um 33 Milliarden Dollar an militärischer, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe zur Unterstützung der Ukraine. Biden sagte, es sei "entscheidend", dass die US-Gesetzgeber dem Abkommen zustimmen, das der Ukraine helfen würde, sich selbst zu verteidigen. Ein Teil des Geldes könnte durch die Enteignung russischer Oligarchen refinanziert werden.

Bidens Vorschlag umfasst mehr als 20 Milliarden Dollar an Militärhilfe, 8,5 Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe und 3 Milliarden Dollar an humanitärer Hilfe.

"Das ist nicht billig", sagte Biden am Donnerstag. "Aber wenn wir der Aggression nachgeben, wird es noch teurer, wenn wir es zulassen". Obwohl die USA bereits Hilfe für die Ukraine angekündigt haben, handelt es sich bei den Vorschlägen um eine erhebliche Aufstockung der Hilfe.

Präsident Biden sagte, die militärische Unterstützung der USA für die Ukraine habe sich bisher auf 10 Panzerabwehrwaffen für jeden Panzer belaufen, den Russland in der Ukraine stationiert hat. Doch trotz seiner scharfen Rhetorik sagte er, die USA würden Russland nicht angreifen. "Wir helfen der Ukraine, sich gegen die russische Aggression zu verteidigen", betonte er. Am Donnerstag erklärte ein Sprecher des russischen Außenministeriums, die militärische Unterstützung des Westens für die Ukraine bedrohe "die Sicherheit des Kontinents".

Der US-Präsident will zeigen, dass er sich von vagen Drohungen über den möglichen Einsatz von Atomwaffen und einer Warnung von Wladimir Putin, dass es zu Vergeltungsschlägen gegen Länder kommen könnte, die in der Ukraine intervenieren, nicht abschrecken lässt. Er wies diese Äußerungen mit einem Achselzucken zurück und sagte, sie zeigten die Verzweiflung Russlands über sein klägliches Versagen bei der Umsetzung seiner Ziele.

Um den Amerikanern zu erklären, warum dieses Geld benötigt wird - in einer Zeit, in der viele unter den steigenden Lebenshaltungskosten leiden - sagte er, es sei nicht billig, aber nichts zu tun sei teurer. Ein zusätzlicher Plan, der es den US-Behörden ermöglichen soll, das Vermögen russischer Oligarchen nicht nur einzufrieren, sondern auch zu liquidieren, ist kühn und hat bei Bürgerrechtsgruppen in Amerika Besorgnis ausgelöst. Aber er wird wahrscheinlich von beiden Parteien im Kongress unterstützt werden. Es wird jedoch nicht einmal ansatzweise die Kosten für die zusätzlichen Summen decken, die das Weiße Haus für die Unterstützung der Kriegsanstrengungen der Ukraine ausgeben will.

In seiner Rede am Donnerstag ging Biden auch auf die Bedenken hinsichtlich einer nuklearen Konfrontation ein. Am Mittwoch warnte der russische Außenminister Sergej Lawrow vor

einem "ernsten" Risiko eines Atomkriegs wegen der Ukraine, das "nicht unterschätzt werden darf".

"Niemand sollte müßige Bemerkungen über den Einsatz von Atomwaffen machen", sagte Biden. Außerdem wandte sich Biden gegen die russische "Gaserpressung", die die europäische Energieversorgung bedroht. In dieser Woche hat Russland die Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien unterbrochen.

"Wir werden nicht zulassen, dass sich Russland durch Einschüchterung oder Erpressung aus diesen Sanktionen herauswindet", sagte er. "Wir werden nicht zulassen, dass sie ihr Öl und Gas nutzen, um Konsequenzen für ihre Aggression zu vermeiden".

Die Ankündigung des neuen Ukraine-Pakets kommt zu einem schwierigen Zeitpunkt für die US-Wirtschaft. Aus den am Donnerstag veröffentlichten Daten des Bureau of Economic Analysis geht hervor, dass die US-Wirtschaft im ersten Quartal 2022 geschrumpft ist, wobei das Bruttoinlandsprodukt zwischen Januar und März um 1,4 % zurückging. Aber das Paket wird wahrscheinlich von den Gesetzgebern gebilligt werden, sagte der BBC-Nordamerika-Korrespondent Anthony Zurcher.

"Zu einer Zeit, in der Biden um die Finanzierung seiner innenpolitischen Prioritäten durch den Kongress kämpft, scheint der Kongress unbegrenzt bereit zu sein, die militärische Unterstützung für die Ukraine zu finanzieren", sagte er. "Dreiunddreißig Milliarden sind ein beträchtlicher Betrag, aber wenn man sich an der Vergangenheit orientiert, dürfte er relativ leicht genehmigt werden - solange die Demokraten nicht versuchen, dem Gesetz Bestimmungen über nicht zusammenhängende Ausgaben beizufügen".

Bidens erster Finanzierungsantrag nach Beginn des Krieges, der im letzten Monat vom Kongress genehmigt wurde, belief sich auf weniger als 14 Mrd. Dollar. Letzte Woche genehmigte Präsident Biden ein zweites Militärhilfepaket im Wert von 800 Mio. \$ (642 Mio. £) innerhalb weniger Wochen sowie 500 Mio. \$ (401 Mio. £) an direkter Wirtschaftshilfe.

Die USA haben der Ukraine seit Beginn des Krieges Ende Februar schnell geholfen. Dazu gehören:

Freigabe von Militär- und Sicherheitshilfe im Wert von 3,7 Milliarden Dollar
Entsendung von mehr als 100.000 Soldaten in Nato-Mitgliedsländer in Europa
Verhängung von Wirtschaftssanktionen, Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverboten gegen Hunderte von russischen Oligarchen und Politikern
Das Weiße Haus schlug am Donnerstag außerdem vor, den USA die Beschlagnahme und den Verkauf von Vermögenswerten russischer Oligarchen zu erleichtern und deren Erlöse an die Ukraine zu überweisen.

Westliche Verbündete, darunter auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union, arbeiten seit März zusammen, um das Vermögen der russischen Eliten aufzuspüren, von Kunstwerken und Immobilien bis hin zu Hubschraubern und Yachten.

Nach Angaben des Weißen Hauses haben die USA inzwischen Schiffe und Flugzeuge im Wert von über 1 Milliarde Dollar mit Sanktionen belegt und gesperrt, während die EU insgesamt über 30 Milliarden Dollar eingefroren hat.

Die am Donnerstag verhängten Sanktionen würden es den USA ermöglichen, die Mittel aus den beschlagnahmten Vermögenswerten zu verwenden, um die Schäden der russischen Aggression in der Ukraine zu beheben". Das Paket wird "neue Befugnisse für die Einziehung von Vermögenswerten im Zusammenhang mit der russischen Kleptokratie schaffen, der Regierung die Möglichkeit geben, die Erlöse zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden, und die entsprechenden Instrumente der Strafverfolgung weiter stärken", so das Weiße Haus in einer Erklärung.

Auch die kanadische Regierung hat in dieser Woche einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der es ihr ermöglichen würde, russisches Vermögen zu beschlagnahmen und zu veräußern.

Unter dem Druck, ihre Sanktionsmaßnahmen auszuweiten, drängen die regierenden Liberalen darauf, dass "jede Art von Eigentum", einschließlich Geld, digitale Vermögenswerte und virtuelle Währungen, beschlagnahmt werden können.

6. Sanktionen weiterer Länder

Schweiz

Der Bundesrat.ch

Ukraine: Weitere EU-Sanktionen gegen Russland umgesetzt

Angesichts der anhaltenden russischen Militärangriff in der Ukraine hat der Bundesrat am 27. April 2022 weitere Sanktionen gegenüber Russland und Belarus in Kraft gesetzt. Damit ist der Entscheid des Bundesrates vom 13. April 2022, auch das neueste Sanktionspaket der EU zu übernehmen, umgesetzt. Die Maßnahmen treten am 27. April 2022 um 18:00 Uhr in Kraft.

Mit dem Entscheid vom 27. April 2022 setzt die Schweiz die neuen Maßnahmen um, welche die EU am 8. April 2022 angesichts der anhaltenden Militärangriff Russlands in der Ukraine beschlossen hat. Bereits am 13. April 2022 hatte das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Liste der sanktionierten Personen, Unternehmen und Organisationen auf den neuesten Stand gebracht, wodurch über 200 zusätzliche Personen und Organisationen sanktioniert worden sind. Der Bundesrat hatte in seiner Sitzung vom 13. April 2022 entschieden, das fünfte Sanktionspaket der EU zu übernehmen. Das WBF hat daraufhin nach Analyse der EU-Texte und in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Stellen die Übernahme ins Schweizer Recht und die Änderungen der Verordnung über Maßnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine und der Verordnung über Maßnahmen gegenüber Belarus vorbereitet.

Die neuen Maßnahmen beinhalten weitreichende Gütersanktionen, darunter ein Einfuhrverbot für Braun- und Steinkohle sowie für Güter, die für Russland wichtige Einkommensquellen darstellen (z.B. Holz, Zement, Meeresfrüchte, Kaviar). Zudem gibt es Ausfuhrverbote für Güter, die zur Stärkung der industriellen Kapazitäten Russlands beitragen können (z.B. Industrieroboter oder gewisse chemische Erzeugnisse).

Auch im Finanzbereich treten weitere Sanktionen in Kraft. Jegliche Unterstützung von russischen Organisationen, die sich in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befinden, werden verboten. Ab sofort dürfen in der Schweiz keine Trusts mehr für russische Staatsangehörige oder in Russland ansässige natürliche oder juristische Personen registriert werden. Verschiedene Dienstleistungen für solche Trusts werden ebenfalls verboten.

Damit die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen gegenüber der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) nachkommen kann, sieht die Verordnung neu eine Ausnahme für die Ausfuhr besonderer militärischer Güter vor. Damit soll die Ausfuhr von ABC-Schutzausrüstung, die als Hilfeleistungen durch die OPCW bei der Schweiz angefordert wird, ermöglicht werden.

Somit sind die neuen Maßnahmen der EU gegenüber Russland in der Schweiz weitgehend umgesetzt. Davon ausgenommen sind die von der EU vorgesehenen Verbote betreffend die

Vergabe öffentlicher Aufträge an russische Staatsangehörige und in Russland niedergelassene Organisationen oder Einrichtungen. Die Umsetzung dieses Verbotes wirft verschiedene Fragen im Hinblick auf die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen und den Geltungsbereich auf. Der Bundesrat hat am 27. April 2022 die zuständigen Stellen beauftragt, die notwendigen Abklärungen vorzunehmen und ihm bis Ende Juni 2022 Bericht zu erstatten. Derzeit sind russische Staatsbürger oder in Russland ansässige Personen oder Unternehmen für öffentliche Ausschreibungen in der Schweiz von marginaler Bedeutung.

Der Bundesrat hat am 27. April 2022 auch eine Änderung der Verordnung über Maßnahmen gegenüber Belarus (SR 946.231.116.9) beschlossen. Die Verbote betreffend die Ausfuhr von Banknoten und den Verkauf von Effekten an belarussische Staatsangehörige oder in Belarus ansässige Personen oder Entitäten werden auf alle amtlichen Währungen der EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt. Bis anhin betroffen waren Wertpapiere und Banknoten in Schweizerfranken und in Euro (die gleiche Maßnahme ist auch gegenüber Russland vorgesehen).

Die neuen Maßnahmen traten am 27. April 2022 um 18:00 Uhr in Kraft.

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Handelsblatt:

Osteuropa droht Wirtschaftsabsturz (HB)

Die wichtigen deutschen Handelspartner im Osten leiden besonders stark unter den Folgen des Ukrainekriegs.

Grassierende Inflation, brüchige Lieferketten, Energierisiken: Die Folgen des Ukrainekriegs wirken sich immer drastischer auf die EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa aus, wie das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) herausgefunden hat. Es handele sich ausgerechnet um jene Länder, die zusammengerechnet für den deutschen Außenhandel wichtiger seien als die USA oder China.

Bei der Vorstellung seiner Frühjahrsprognose gab das WIIW am Mittwoch vor allem für Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien eine pessimistische Einschätzung ab. Diese Länder dürften schon dieses Jahr in eine Rezession rutschen, wenn der Krieg in der Ukraine weiter eskaliert und ein Energieembargo gegen Russland verhängt wird. Insgesamt würde die Region mit minus 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in eine Rezession rutschen. Polens Wirtschaftsleistung wird statt der erwarteten vier Prozent nur noch um zwei Prozent zulegen. In diesen Berechnungen ist der aktuelle Gaslieferstopp Russlands noch gar nicht berücksichtigt.

Sollte der Krieg anhalten und an Schärfe zunehmen, dürfte sich laut den WIIW-Experten die ukrainische Wirtschaftsleistung mit einem Einbruch von 45 Prozent fast halbieren, das russische BIP würde um 15 Prozent schrumpfen. Die russische Regierung rechnet dagegen laut einem Dokument, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, mit 12,4 Prozent weniger Wirtschaftsleistung.

Würde sich der Krieg indes nicht ausweiten, würde die russische Wirtschaftskraft "nur" um neun Prozent sinken, schätzen die Wiener Forscher, die russische Regierung geht in diesem Fall von einem Minus von lediglich acht Prozent aus. Vor dem Überfall auf die Ukraine hatten die allermeisten Ökonomen mit einem russischen Wirtschaftswachstum von etwa drei Prozent gerechnet.

Die Volkswirtschaften der osteuropäischen EU-Staaten dürfen laut WIIW mit einem Wachstum von noch 2,5 Prozent rechnen, wenn der Krieg jetzt nicht eskaliert. Damit wären die direkten Folgen des Konflikts für die meisten Länder Osteuropas überschaubar. Die Einbußen aus dem Handel mit der Ukraine und Russland dürften sich mit Ausnahme von Belarus zumeist auf etwa rund 0,5 Prozent des BIP belaufen.

Wirtschaft der Ukraine ist massiv vom Krieg betroffen

Bei den Branchen ist vor allem die Autoindustrie direkt betroffen, da die Ukraine ein wichtiger Standort von Zulieferern von Kabelbäumen, Sitzbezügen und anderen Teilen ist. Wie effektiv die zumeist in der Westukraine und damit außerhalb des Kriegsgebiets angesiedelten Fabriken noch produzieren können, hängt von Fall zu Fall ab.

So fehlen in vielen Betrieben Arbeiter und Lkw-Fahrer, weil viele Beschäftigte als Soldaten gegen Putins Armee kämpfen. Zugleich sind viele Frauen geflüchtet. Gerade sie sind es aber, die bisher in der Kabelbaumproduktion beschäftigt waren.

Massiv trifft der Ukrainekrieg die osteuropäischen Staaten durch steigende Energie- und Lebensmittelpreise. Das dämpft die realen Haushaltseinkommen und damit den privaten Konsum. Viele Regierungen sehen sich daher genötigt, der Teuerung mit Preiskontrollen, Steuererleichterungen oder anderen wenig nachhaltigen Maßnahmen entgegenzutreten.

"Sollte es zu einem Energieembargo gegen Russland kommen, wird die Inflationsrate in fast allen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas zweistellig ausfallen", sagt Vasily Astrov, Senior Economist am WIIW. Die ukrainische Wirtschaft zeigt sich bisher in den Gebieten, in denen es keine Kämpfe gibt, "erstaunlich widerstandsfähig", wie die Experten des auf Osteuropa spezialisierten WIIW beobachten. Das Budgetdefizit dürfte auf ein Viertel des BIP steigen und werde nur mit westlicher Finanzhilfe abzudecken sein.

In den vom Krieg betroffenen Regionen, wo die Wirtschaft zum Erliegen gekommen ist, wurden bisher 53 Prozent des BIP, 43 Prozent der industriellen Produktion und 34 Prozent der für die Ukraine und die Weltmärkte extrem wichtigen Agrarproduktion erwirtschaftet. Über die von Russland blockierten Schwarzmeerbahnen wurde bislang mehr als die Hälfte der Exporte abgewickelt.

Die Aussichten für das Land "sind düster und hängen vom weiteren Verlauf des Kriegs ab", ist Astrov überzeugt. Auch bei einem Waffenstillstand und einer politischen Lösung dürfte seiner Meinung nach ein kräftiger Aufschwung erst 2024 einsetzen. Denn private Investoren dürften nur langsam wieder ins Land zurückkommen - wenn die EU und die USA nicht massive Anreize böten. Russland leide entgegen den öffentlichen Verlautbarungen staatlicher Stellen bereits erheblich unter den Sanktionen. Und es drohen weitere Risiken: Ein Öl- und Gasembargo der EU könnte das russische BIP um 15 Prozent schrumpfen lassen, die Inflation würde dann von jetzt 18 auf 28 Prozent emporschnellen. Dies reduziert die Haushaltseinkommen erheblich und setzt den privaten Konsum unter Druck.

"Schon jetzt sehen wir, dass es aufgrund der Sanktionen in vielen Bereichen zu Lieferkettenproblemen kommt. Das und der Rückzug vieler westlicher Firmen, etwa in der Autoindustrie, trifft die industrielle Produktion ins Mark", sagt Astrov. So sei das Produktionsniveau in der Automobilindustrie schon jetzt um die Hälfte gegenüber dem Vorjahr eingebrochen.

Rund 600 westliche Firmen haben angekündigt, Russland zu verlassen. Der französische Renault-Konzern, der die Mehrheit am russischen Autobauer Avtovaz (Marke: "Lada") hält, kündigte am Mittwoch die Übergabe seiner Anteile an die Stadt Moskau an, berichtete die russische Wirtschaftsagentur RBK.

Handelsblatt

[BASF beendet Geschäfte in Russland und Belarus \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com)

Der Chemiekonzern BASF verschärft seinen Kurs gegenüber Russland und will nun wegen des Kriegs in der Ukraine seine Aktivitäten in Russland und Belarus bis Anfang Juli komplett einstellen. Eine Ausnahme sei das Geschäft zur Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion, teilte der Ludwigshafener Konzern am Mittwoch mit.

Bereits Anfang März hatte BASF angekündigt, keine neuen Geschäfte mehr in den Ländern abzuschließen, bestehende vertragliche Verpflichtungen aber weiter zu erfüllen. Nun folgt der nahezu komplette Stopp des Russlandgeschäfts. „Diese Entscheidung wurde aufgrund der jüngsten Entwicklungen in diesem Krieg und im internationalen Recht getroffen, einschließlich des fünften EU-Sanktionspakets“, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.

Wintershall Dea zieht Konsequenzen aus dem russischen Angriffskrieg

Der deutsche Öl- und Gasförderer Wintershall Dea hält nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine zwar an seinen Beteiligungen in Russland fest, stoppt aber jegliches Neugeschäft. „Wir haben nach intensiver Diskussion im Vorstand entschieden, die Beteiligung an unseren bestehenden Projekten in Russland aufrechtzuerhalten. Bei einem Rückzug würden Milliardenwerte an den russischen Staat fallen“, erklärte Unternehmenschef Mario Mehren. Allerdings werde es keine neuen Projekte geben. Russland habe die roten Linien überschritten, und eine Fortsetzung des „business as usual“ sei deshalb nicht mehr möglich, erklärte Mehren, der auch Sprecher des Arbeitskreises Russland im Ost-Ausschuss ist.

InterConti will Russland verlassen

Der britische Hotelbetreiber InterContinental Hotels Group (Holiday Inn, InterContinental, Crowne Plaza) will den russischen Markt verlassen, wie die Tageszeitung Kommersant meldet. Das Unternehmen verfügt über die drittgrößte Anzahl an Hotelzimmern in Russland, weshalb der Weggang zu jährlichen Einnahmeverlusten von 124 Millionen US-Dollar führen könnte. Bisher hatten große westliche Hotelbetreiber nur einzelne Hotels verkauft, die russischen Geschäftsleuten und Unternehmen gehörten, die auf den westlichen Sanktionslisten stehen.

[Не на нашей улице Holiday – Газета Коммерсантъ № 76 \(7277\) от 29.04.2022 \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

Handelsblatt

Koalition droht China mit Sanktionen (HB)

Die Regierungsparteien kündigen Wirtschaftsstrafen an, sollte Peking Russland mit Waffen beliefern.

In erstaunlichem Tempo korrigiert die Ampelkoalition die strategischen Weichenstellungen der vergangenen Jahrzehnte. Das gilt nicht nur für die energiewirtschaftliche Kooperation und Verständigungsbemühungen mit Russland, sondern auch für die Beziehungen zu China. Der Antrag der Regierungsparteien zur "umfassenden Unterstützung für die Ukraine", den der Bundestag am Donnerstag mit großer Mehrheit angenommen hat, enthält eine China-Passage, die fast genauso brisant ist wie der Passus zur Lieferung von schweren Waffen an die ukrainischen Truppen.

Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung darin auf, der Volksrepublik China "mit Nachdruck" die Erwartung klarzumachen, dass sie ihre "Billigung" des russischen Kriegs gegen die Ukraine aufgeben soll "und stattdessen Bestrebungen für einen Waffenstillstand aktiv unterstützt". Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gehen sogar so weit, Peking mit Wirtschaftsstrafen zu bedrohen. Sie betonen, "dass jedwede Bestrebung, die von der westlichen Staatengemeinschaft verhängten Sanktionen gegen Russland zu unterlaufen oder gar Waffen an Russland zu liefern, wirtschaftliche und personenbezogene Sanktionen nach sich ziehen wird".

Fachleute sehen darin eine Abkehr von der primär auf Kooperation und Konfliktvermeidung ausgerichteten China-Politik von Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU). "Der Antrag ist der endgültige Bruch mit Merkels China-Illusionen", sagt Thorsten Benner, Direktor der Berliner Denkfabrik Global Public Policy Institute. "Die Sprache, die Peking der Billigung von Putins Krieg beschuldigt und Sanktionen für den Fall des Unterlaufens der Sanktionen androht, ist von bislang ungekannter Klarheit und Schärfe."

Das Signal vonseiten aller maßgeblichen Parteien im Bundestag unterstreiche "die massive Irritation, die der chinesische Präsident Xi Jinping durch seine Entente mit Putin ausgelöst hat". Xi und Putin hatten kurz vor dem russischen Überfall auf die Ukraine eine umfangreiche Zusammenarbeit vereinbart und sich eine "grenzenlose Freundschaft" zugesichert. Die EU sieht in der Deklaration der beiden ein "revisionistisches Manifest".

Interessant ist, dass sich auch die Union dem Ampelantrag angeschlossen hat und sich von Merkels außenpolitischem Erbe distanzieren. Unter Oppositionsführer Friedrich Merz schlagen auch CDU und CSU einen deutlich kritischeren Kurs in der Chinapolitik ein als bisher. "Es ist bemerkenswert, dass sich alle großen Parteien im Bundestag dieser ungeschminkten Botschaft an China zur Ukraine angeschlossen haben", sagt Noah Barkin, Experte für europäisch-chinesische Beziehungen der Rhodium Group.

Die Androhung von Wirtschaftsstrafen sei besonders wichtig. "In Verbindung mit der Botschaft, die die EU auf ihrem jüngsten Gipfel an China gerichtet hat, macht sie Peking sehr deutlich, dass die Kosten für die Unterstützung Russlands extrem hoch sein werden", erläutert Barkin. Chinesische Konzerne nehmen die europäischen Drohungen offenbar ernst.

Erst am Mittwoch erklärte der chinesische Drohnenhersteller DJI, sich aus dem russischen Markt zurückzuziehen.

[Süddeutsche Zeitung](#)

Die EU auf dem Weg zum Ölembargo (SZ)

Berlin gibt seinen Widerstand gegen einen Importbann auf. Zugleich warnt die Kommission Gasimporteure davor, Putins Anweisungen zu folgen. Damit drohen weitere Lieferstopps.

Ein Ölembargo der EU gegen Russland rückt näher, zugleich herrscht Unsicherheit, wie es mit den Gaslieferungen weitergeht und wie Importeure ihre Rechnungen bezahlen können. Einschränkungen beim Öl sollen Teil des sechsten Sanktionspakets sein. Es wird erwartet, dass die EU-Kommission schon kommende Woche den Mitgliedstaaten dazu Vorschläge präsentiert. Deutschland gehörte bisher zu den Bremsern bei Ölsanktionen, doch nun spricht sich die Bundesregierung in Brüssel für ein schrittweise eingeführtes Embargo aus, sagen EU-Diplomaten.

Ein Importbann könnte je nach Ölsorte unterschiedlich lange Übergangsfristen vorsehen und zwischen Lieferungen per Pipeline und Schiff unterscheiden, heißt es. Deutschland kann nach Angaben von Wirtschaftsminister Robert Habeck binnen Tagen unabhängig von russischen Öleinfuhren werden, aber andere Mitgliedstaaten werden sich schwerer tun. Härtester Gegner solcher Strafen ist Ungarns autoritärer Ministerpräsident Viktor Orbán, ihr größter Befürworter ist Polens Regierung. Da für Sanktionen Einstimmigkeit nötig ist, dürften schwierige Verhandlungen anstehen - das Ergebnis könnten recht lange Übergangsfristen sein, zumindest für manche Ölsorten.

Daher denkt die Kommission auch über Alternativen zu einem Embargo nach, mit denen die Öleinnahmen für Russlands Präsidenten Wladimir Putin geschmälert werden können: zum Beispiel über einen Sonderzoll. Oder die EU und andere westliche Abnehmer verbünden sich zu einem Nachfrager-Kartell und diktieren Russland niedrigere Preise. Die Bundesregierung warnt allerdings nach Aussage von Diplomaten vor derartigen Modellen und wirbt stattdessen für den Importbann, der einfacher durchgesetzt werden kann.

Neben Öl wird das sechste Paket russische Brennstoffe für Atomkraftwerke ins Visier nehmen. Die werden nach Frankreich oder Osteuropa geliefert. Zudem soll die größte russische Bank, die Sberbank, mit Sanktionen belegt werden.

Deutschland droht Ende Mai Ärger

Deutlich größer als die Abhängigkeit von russischem Öl ist die von Gas. Doch der Gazprom-Konzern stoppte nun Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien, mit der Begründung, dass die Importeure neue russische Vorschriften zur Begleichung der Rechnungen missachtet hätten. In der EU herrscht aber Unsicherheit, ob und wie Gaskäufer diese Regeln überhaupt umsetzen können, ohne EU-Sanktionen zu brechen. Deutschlands größter Gasimporteur Uniper, eine frühere Eon-Tochter, muss seine nächste Gazprom-Rechnung Ende Mai

bezahlen. Sind die Russen unzufrieden mit Unipers Vorgehen, könnte das als Vorwand dienen, auch Deutschland den Hahn zuzudrehen. Zugleich beteuert Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach, er werde keinesfalls gegen Sanktionen verstoßen.

Hinter dem Ärger steht ein Dekret Putins von Ende März. Darin bestimmt er, dass Importeure nun in Rubel zahlen sollen. Und das, obwohl in der EU 97 Prozent der Lieferverträge auf Dollar oder Euro lauten, wie die Kommission schätzt. Die Gaskäufer sollen in Russland bei der Gazprombank - einem Institut, gegen das keine Sanktionen verhängt wurden - zwei Konten eröffnen: eins in Euro oder Dollar und eins in Rubel. Die Importeure überweisen den geschuldeten Betrag weiter in Euro oder Dollar, doch die Gazprombank tauscht das Geld mit Hilfe der russischen Zentralbank in Rubel um und schickt die Summe auf das Rubel-Konto. Von dort fließt die Zahlung an Gazprom. Die Rechnung soll erst nach dem Umtausch als beglichen gelten, verlangt das Dekret.

Der Charme dieses Modells für Putin: Sanktionen verbieten, dass der russische Staat, Gazprom oder Gazprombank im westlichen Finanzsystem Euro und Dollar in Rubel umtauschen. Das russische Finanzsystem ist isoliert; gegen die Zentralbank wurden Sanktionen verhängt. Das Dekret ermöglicht es dem Land jetzt, am westlichen System vorbei Währungen in Rubel umzutauschen: Rubel, die mit harten Devisen gedeckt sind und mit denen Putin seine Soldaten bezahlen kann.

Brechen Gaskäufer die Sanktionen?

Nach Auffassung der EU-Kommission ist es in Ordnung, wenn Importeure ein Euro- oder Dollar-Konto bei der Gazprombank führen. Die Behörde rät den Konzernen aber, nach der Überweisung in Euro oder Dollar eine Erklärung abzugeben, dass sie hiermit die Rechnung als beglichen ansehen. Schließlich lauten die Verträge ja auch auf Euro und Dollar. "Was die Russen danach mit dem Geld machen, ist ihnen überlassen", sagte ein Kommissionsbeamter am Donnerstag - sprich: Die Käufer sind nicht länger verantwortlich dafür, was mit den Devisen passiert.

Zugleich stellte der Beamte jedoch klar, dass die Importeure nicht - wie von Moskau vorgeschrieben - ein zweites, auf Rubel lautendes Konto bei dem Geldhaus eröffnen dürfen: "Es wäre eine Verletzung der Sanktionen, wenn ein Unternehmen es akzeptiert, ein zweites Konto zu eröffnen, um den Forderungen nachzukommen", sagte er. Die Kommission argumentiert, dass dieses zweite Konto ein System schaffe, bei dem die Importeure der unter Sanktionen stehenden Zentralbank de facto ein Darlehen gewähren: Die Konzerne überweisen Euro und Dollar nach Russland, haben keine Kontrolle mehr über das Geld, aber die Rechnung sieht Gazprom erst dann als beglichen an, wenn irgendwann Rubel auf dem zweiten Konto eingehen.

Maria Demertzis, die Vizechefin des Brüsseler Thinktanks Bruegel, sagt allerdings, dass das ausgefeilte Umtausch-System ohne dieses Rubel-Konto des Gaskäufers nicht funktionieren würde. Will Putin das westliche Finanzsystem umgehen für den Umtausch, müsse der Importeur über ein Euro- und ein Rubel-Konto bei der russischen Bank verfügen, erläutert sie.

Die große Frage ist daher, wie die russische Regierung und Gazprom reagieren werden, wenn Importeure wie Uniper das Dekret Putins nur teilweise umsetzen. Die Russen könnten es hinnehmen und sich damit zufriedengeben, dass immerhin weiter Devisen ankommen. Oder sie könnten dies als Vorwand für Lieferstopps nutzen. Demertzis sagt, dass Russland vielleicht sogar an der Blockade Polens und Bulgariens verdiene: "Da fallen nur kleine Mengen und Umsätze weg, zugleich ist wegen der Aktion der Gaspreis gestiegen." Nach und nach der ganzen EU den Gashahn zuzudrehen, könne sich Putin dagegen nicht leisten: "Er benötigt die Einnahmen dringend."

Süddeutsche Zeitung

Läuft bei ihm (SZ)

Armin Papperger ist der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall. Mit dem Krieg in der Ukraine steigt nicht nur der Aktienkurs immer weiter, das Geschäft könnte florieren wie nie.

Wenn der Chef eines Rüstungskonzerns ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinter sich hat, dann klingt er meist auch nicht so viel anders als die anderen. Dann hört man Dinge, die zum Beispiel auch vom Vorstand eines Elektroautobauers oder der Chefin eines Herstellers von Kühlschränken kommen könnten. "Unser Technologiekonzern ist weiter auf gesundem Wachstumskurs", sagte zum Beispiel Armin Papperger im März 2018. So ist das in der Welt der Waffenhersteller: Nicht nur Impfstoffe oder Versicherungspolice können bei Unternehmen für einen "gesunden Wachstumskurs" sorgen, sondern auch Panzer und Kanonen.

Armin Papperger ist Chef des börsennotierten Rüstungskonzerns und Automobilzulieferers Rheinmetall, und da zählen wie überall betriebswirtschaftliche Kennzahlen, und weniger die auch nicht uninteressante Frage, was am Wachstum mit Waffen nun eigentlich gesund sein soll.

In nicht einmal 24 Stunden eine Angebotsliste erstellt

Der Ingenieur und Niederbayer Papperger, 59, arbeitet seit 1990 bei Rheinmetall, seit 2013 ist er der Chef. Also über 30 Jahre Autoteile, aber vor allem auch Waffen, Munition und Panzer. Nie ein Wechsel, weder in die Autoindustrie, die Lkw-Branche noch sonst wo hin. In einer Industrie, die seit Jahrzehnten nicht das beste Image in der Öffentlichkeit genießt, darf man das wahrscheinlich als Statement verstehen.

Insider sagen, dass der in der Branche als nicht immer sehr diplomatisch geltende Papperger ohnehin besser zu Panzern passe als etwa zu einem Hersteller von Solarpanels. Vor allem aber ist er ein geschäftstüchtiger Verkäufer und gewiefter Lobbyist, der sich gerne möglichst schon vor der Konkurrenz und zur richtigen Zeit in Position bringt. Besonders pünktlich war er nach dem russischen Überfall auf die Ukraine. Schließlich wird in Berlin ja nicht jedes Jahr ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgelobt.

Als Bundeskanzler Olaf Scholz dann an einem Sonntag Ende Februar in einer Regierungserklärung von einer "Zeitenwende" sprach und einer "Welt danach", die nicht mehr "dieselbe wie die Welt davor" sein könne, da fühlte sich Papperger gleich angesprochen. Es dauerte nicht einmal 24 Stunden, da hatte er seine Angebotsliste aus dem Rheinmetall-Katalog für den Bund aufgesetzt. Munition, Schutzkleidung, Panzer, Handgranaten oder Flugabwehrsysteme zum Bestellwert von 42 Milliarden Euro. Geht so etwas im Einschichtbetrieb? "Wir können auch rund um die Uhr arbeiten", sagte der Manager. Als Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und ihr Grünen-Kollege Anton Hofreiter die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ins Gespräch brachten, war Papperger längst zur Stelle: Gebrauchte Marder-Schützenpanzer und Kampfpanzer vom Typ Leopard 1? Alles da, muss nur noch überholt und in Schuss gebracht werden.

Es mögen ziemlich furchtbare Zeiten sein, für einen Hersteller von Kriegsgeräten und seine Aktionäre sind sie lukrativ. Der Kurs der Rheinmetall-Aktie lag am Vorabend des Überfalls auf die Ukraine zwischen 94 und 98 Euro. Heute kostet ein Papier 215 Euro, was zeigt, dass selbst im Krieg was geht. Zumindest für Anleger mit dem richtigen Gespür für Trends und Timing.

Als Papperger neulich mit der SZ darüber sprach, ob seine Branche gerade einen Imagewandel erlebe, wurde er für einen Manager ungewöhnlich politisch. International habe sein Unternehmen nie Probleme gehabt, gutes Personal zu bekommen - egal ob in Ungarn, Großbritannien oder Australien. Dies seien "Länder, die zu ihrer Verteidigung stehen". Dass dies "in Deutschland lange Zeit anders war", liege daran, "dass man hier in fast zwei Generationen verlernt" habe, wehrhaft zu sein. Auch die Bundeswehr "stieß ja über viele Jahre bestenfalls auf freundliches Desinteresse", sagte er.

Das konnte man natürlich auch ein bisschen auf ihn beziehen. Seit mehr als 30 Jahren bei Rheinmetall - und jetzt auf einmal ganz groß im Gespräch.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Deutsche Welle

Wie sind die Chancen von Flüchtlingen aus der Ukraine auf dem deutschen Arbeitsmarkt? (DW – Übersetzung RU)

Deutschland geht davon aus, dass viele Flüchtlinge aus der Ukraine über einen längeren Zeitraum im Land bleiben werden. Der deutsche Arbeitsmarkt ist für sie offen. Es gibt jedoch auch Stimmen, die zur Vorsicht mahnen.

Während die Hilfe und der Schutz für diejenigen, die wegen des von Russland ausgelösten Krieges aus der Ukraine geflohen sind, nun Priorität haben, wird die Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt immer wichtiger. "Angesichts des schrecklichen und aggressiven Krieges Putins gegen die Ukraine stellen wir uns darauf ein, dass viele Flüchtlinge länger bei uns bleiben werden", zitiert die Nachrichtenagentur dpa Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit den Worten. Der deutsche Arbeitsmarkt sei offen für ukrainische Flüchtlinge, sagte der Politiker.

Wann beginnt die Ausbeutung?

Die deutsche Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) warnte dagegen im April davor, Flüchtlinge aus der Ukraine als billige Arbeitskräfte auszubeuten. Denn Ende März geriet das fleischverarbeitende Unternehmen Tönnies in die Kritik, nachdem das ARD-Politmagazin "Panorama" berichtet hatte, dass das Unternehmen an der polnisch-ukrainischen Grenze versucht, Flüchtlinge als Produktionshelfer, also als billige Arbeitskräfte, einzustellen. Tönnies bestreitet jegliche eigennützigen Absichten.

Deutsche Unternehmen stehen möglicherweise vor einem Dilemma: Wie kann man Flüchtlingen selbstlos helfen, während man gleichzeitig mit einem offensichtlichen Personalmangel konfrontiert ist, denn der deutsche Markt braucht dringend Fachkräfte in einer Vielzahl von Bereichen.

Anfang April kündigte SAP den Start eines Programms mit einer eigenen Website an, das darauf abzielt, "Flüchtlingen aus der Ukraine die Möglichkeit zu bieten, freie Stellen in SAP-Niederlassungen auf der ganzen Welt zu besetzen".

Deutsche Bürokratie muss Flexibilität zeigen

SAP ist kein Einzelfall unter den großen Konzernen. Auf Anfrage der DW erklärte der Sportartikelhersteller Adidas, dass er seit 2015 die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt durch Praktika und Ausbildungsmöglichkeiten unterstützt. "Diese Programme stehen natürlich auch Flüchtlingen aus der Ukraine offen, und wir haben bereits die ersten Anträge erhalten", so ein Vertreter des Unternehmens gegenüber der DW. Darüber hinaus gibt es auch direkte Beschäftigungsmöglichkeiten, zum Beispiel für IT-Experten.

Mercedes-Benz möchte nach Angaben seines Sprechers "Flüchtlinge aus der Ukraine bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten unterstützen". Der Stuttgarter Automobilhersteller will sich dafür einsetzen, dass Flüchtlinge aus der Ukraine schnell die notwendigen

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse erhalten. Klarheit ist auch in Bezug auf die rechtlichen Anforderungen erforderlich, z. B. "ob und in welchen Fällen auf die Vorlage von Dokumenten und Bescheinigungen verzichtet werden kann, die viele Flüchtlinge nicht bei sich haben", wie z. B. Diplome und Bescheinigungen über die im Heimatland erworbene Berufsausbildung.

Die Chancen, in der Industrie und im Handwerk Arbeit zu finden, sind real Laut Martin Seiler, Leiter der Personalabteilung der Deutschen Bahn, gibt es im Konzern "jederzeit zwischen drei- und viertausend offene Stellen". Die Deutsche Bahn hat bereits die ersten ukrainischen Flüchtlinge als Bauingenieure, Hotline-Mitarbeiter oder IT-Spezialisten eingestellt.

Darüber hinaus plant Siemens Integrationsprogramme für Flüchtlinge in den Produktionsprozess, wie z.B. Schul- und Berufspraktika oder berufsorientierte Klassen mit Deutschunterricht. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) teilte mit, dass es kurzfristig in erster Linie um humanitäre Hilfe und nicht um die Anwerbung von Fachkräften geht.

Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt erfordert vor allem berufliche Qualifikationen und ein großes Interesse an der Beschäftigung von Flüchtlingen. "Viele Flüchtlinge haben zum Beispiel medizinische und technische Qualifikationen; das öffnet ihnen die Türen zu medizinischen Einrichtungen und zur Gesundheitsversorgung im Allgemeinen", so der ZDH-Vertreter.

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Deutschland ist hoch Flüchtlinge aus der Ukraine dürfen in Deutschland verweilen. Einige Experten sprechen von zwei bis drei Jahren. "In einem solchen Zeitraum könnten Menschen aus der Ukraine die Schule abschließen und sich dann für eine Berufsausbildung interessieren", sagt ein ZDH-Vertreter.

"Wir Arbeitgeber sind bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen und auszubilden. Viele Arbeitgeber helfen auch bei der Unterbringung und Betreuung älterer oder kranker Menschen", sagte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). In Krisenzeiten müssen die Politiker schnelle Entscheidungen treffen. Die Aufnahme von Personen aus der Ukraine ist noch nicht wirksam.

Die Bundesregierung sollte den Zugang zu Produktionsprozessen erleichtern, indem sie Rahmenbedingungen für die berufliche Integration von Flüchtlingen schafft. "Gleichzeitig müssen wir berücksichtigen, dass die Möglichkeit, ohne bürokratische Verzögerungen einen Arbeitsplatz zu finden, der den Qualifikationen der Flüchtlinge entspricht, von zentraler Bedeutung ist", betont Kamper.

"Wenn es vorkommt, dass Menschen länger bei uns bleiben und eine Arbeit suchen oder eine Ausbildung machen wollen, sind wir natürlich bereit und in der Lage, ihnen schnellstmöglich und unbürokratisch zu helfen", so die Bundesagentur für Arbeit. Wenn ukrainische Flüchtlinge in Deutschland arbeiten wollen, werden sie ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden, zumal der Bedarf an Fachkräften in Deutschland sehr hoch ist.

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](http://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html

Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine



Unterkunftsangebote

[I CAN HELP HOST](#)

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsgueter-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel

mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

Unicef

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

Unterstützung für Berichterstatter

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

